

Gewerkschaften, Genossenschaftlichen u. politische Demokratie

Unter Hinweis auf den in Nr. 53 der „KAZ“ abgedruckten Artikel: „Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften, geben wir noch das folgende Kapitel aus der Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“ wieder.

Der Bernsteinsche Sozialismus läuft auf den Plan hinaus, die Arbeiter an dem gesellschaftlichen Reichtum teilnehmen zu lassen, die Armen in Reiche zu verwandeln. Wie soll das bewerkstelligt werden? In seinen Aufsätzen „Probleme des Sozialismus“ in der Neuen Zeit ließ Bernstein nur kaum verständliche Fingerzeige durchblicken, in seinem Buche gibt er aber diese Frage vollem Aufschluß: sein Sozialismus soll auf zwei Wegen, durch Gewerkschaften oder, wie Bernstein es nennt, wirtschaftliche Demokratie, und durch Genossenschaften, verwirklicht werden. Durch die ersteren will er dem Industriellen, durch die letzteren dem kaufmännischen Profit an den Krügen.

Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d. h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößen und auf Pfahler zu setzen, mit einem Worte, alle die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widersprüchliche Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruch geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. Das sind die Tatsachen, die Bernstein selbst konstatiert, aber nicht nach Frau Pöter-Wohl die Ursachen des Scheiterns der Produktivgenossenschaften in England in der mangelnden „Disziplin“ sieht. Was hier oberflächlich und leicht als Disziplin bezeichnet wird, ist nichts anderes, als das natürliche absolute Regime des Kapitals, das sich allerdings selbst gegenüber unmöglich ausüben können.)

Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise auflöst, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der Konsumverein. Darin wiederum, und nicht in der Unterscheidung in Kauf- und Verkaufgenossenschaften, oder wie der Oppenheimerse Fall sonst lautet, liegt das von Bernstein behandelte Geheimnis, warum selbständige Produktivgenossenschaften zugrunde gehen, und erst der Konsumverein ihnen eine Existenz zu sichern vermag.

Sind aber somit die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaft im heutigen Gesellschaft an die Existenzbedingungen der Konsumvereine gebunden, so folgt daraus in weiterer Konsequenz, daß die Produktivgenossenschaften im günstigsten Falle auf kleinen lokalen Absatz und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs, vorzugsweise auf Lebensmittel angewiesen sind. Alle wichtigsten und wichtigsten kapitalistischen Produktion: die Textil-, Kohlen-, Metall-, Petroleumindustrie, sowie der Maschinen-, Lokomotiv- und Schiffbau sind vom Konsumverein, also auch von der Produktivgenossenschaft von vornherein ausgeschlossen. Abgesehen also von ihrem Zwittercharakter, setzen die Produktivgenossenschaften als alkemische Durchführer vor allem die Abschaffung des Weltmarktes und Auflösung der bestehenden Weltwirtschaft in kleine lokale Produktionen und Austauschprozesse, also dem Wesen nach einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Warenwirtschaft voraus.

Aber auch in den Grenzen ihrer möglichen Verwirklichung, auf dem Boden der konzentrierten Gesellschaft reduzieren sich die Produktivgenossenschaften notwendigerweise in bloße Abhängsel der Konsumvereine, die somit als die Hauptträger der beabsichtigten sozialistischen Reform in den Vordergrund treten. Die ganze sozialistische Reform durch die Konsumvereine reduziert sich aber dadurch aus einem Kampf gegen das Produktivkapital, d. h. gegen den Hauptstamm der kapitalistischen Wirtschaft, in einen Kampf gegen das Handelskapital, und zwar gegen das Kleinhandels-, das Zwischenhandelskapital, d. h. bloß gegen kleine Abzweigungen des kapitalistischen Stammes.

Was die Gewerkschaften betrifft, die nach Bernstein ihrerseits ein Mittel gegen die Ausbeutung des Produktivkapitals darstellen sollen, so haben wir bereits gezeigt, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, den Arbeitern einen Einfluß auf den Produktionsprozeß, weder in bezug auf den Produktionsumfang, noch in bezug auf das technische Verfahren, zu sichern. Was aber die rein ökonomische Seite, den Kampf der Lohnrate mit der Profitrate betrifft, wie Bernstein es nennt, so wird dieser Kampf, wie gleichfalls gezeigt, nicht in dem freien blauen Lutrum, sondern in den bestimmten Schranken des Lohnstreits ausgefochten, das er nicht zu durchbrechen, sondern bloß zu verwickeln vermag. Dies wird auch klar, wenn man die Sache von einer anderen Seite faßt und sich die Frage nach den eigentlichen Funktionen der Gewerkschaften stellt.

Die Gewerkschaften, denen Bernstein die Rolle zuweist, in dem Emazipationskampf der Arbeiterklasse den eigentlichen Arbeiterkampf gegen die industrielle Profitrate zu führen und sie stufenweise in die Lohnrate aufzulösen, sind nämlich zur nicht imstande, eine ökonomische Angriffspolitik gegen den Profit zu führen, weil sie sich nicht als die organisierte Defensive der Arbeiterkraft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterkraft gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft, die sich in zwei Grundformen äußert.

Erstens haben die Gewerkschaften durch ihre Organisation zu beeinflussen, die Organisation wird aber durch den Prozeß der Profitierung der Mittelschichten, der dem Arbeitsmarkt stets neue Ware zuführt, beständig durchbrochen. Zweitens zwischen die Gewerkschaften die Hebung der Lebenshaltung, die Verdrängung des Anteils der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum, dieser Anteil wird aber durch das Wachstum der Produktivität der Arbeit mit der Fatalität eines Naturprozesses herabgedrückt. Um letzteres einzuschränken, bräuhet man durchaus nicht ein Marxist zu sein, sondern

*) Die Kooperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren müssen. Marx' Kapital, Bd. 3, T. 1, S. 427.

biologisch: Zur Beleuchtung der sozialen Frage von Robertus vimal in der Hand gehabt zu haben.

In beiden wirtschaftlichen Hauptfunktionen verwandelt sich also der gewerkschaftliche Kampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralysiert, oder genauer, abgeschwächt werden. Gedenkt man aber, die Gewerkschaften in ein Mittel zur stufenweisen Verkürzung des Profits zugunsten des Arbeitshohes zu verwandeln, so setzt dies vor allem als soziale Bedingung erstens einen Stillstand in der Profitierung der Mittelschichten und dem Wachstum der Produktivität der Arbeit, also in beiden Fällen, ganz wie die Verwirklichung der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft, einen Rückgang auf vorgroßkapitalistische Zustände voraus.

Die beiden Bernsteinschen Mittel der sozialistischen Reform: die Genossenschaften und die Gewerkschaften gründen sich somit als gänzlich-unmögliche, die kapitalistische Produktionsweise umzustalten. Bernstein ist sich dessen im Grunde genommen auch selbst dunkel bewußt und faßt sie bloß als Mittel auf, den kapitalistischen Profit abzuwickeln, und die Arbeiter auf diese Weise zu bereichern. Damit verzieht er aber selbst auf den Kampf mit der kapitalistischen Produktionsweise und richtet die sozialdemokratische Bewegung auf den Kampf gegen die kapitalistische Verteilung. Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer „gerechten“, „gerechteren“ (S. 51 seines Buches), in einer „noch gerechteren“ (Vorwärts vom 26. März 1899) Verteilung.

Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung wendet sich gegen die Verteilung der Reichtümer, und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, strebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch nach einer „gerechten“ Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an, „gerechter“ ist ihrerseits der Kampf, dank der von Marx gewonnenen

Nächstens erscheint:
Eine hochaktuelle Broschüre, die jeder Arbeiter lesen muß.
Volkstrennung gegen Panzerkreuzer
Preis nur 15 Pfennig
Die Ortsgruppen müssen sofort bestellen.

Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im Rahmen der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die sozialistische Verteilung durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise herbeiführen, während die Bernsteinsche erfahren ein direkt umgekehrtes ist: er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft auf diesem Wege allmählich die sozialistische Produktionsweise herbeizuführen.

Wie kann aber in diesem Falle die Bernsteinsche sozialistische Reform begründet werden? Durch bestimmte Tendenzen der kapitalistischen Produktion? Keineswegs, denn erstens leugnet er ja diese Tendenzen, und zweitens ist bei ihm nach dem vorher Gesagten die erwünschte Gestaltung der Produktion, Erwerb und Verteilung der Reichtümer, die Begründung seines Sozialismus kann also keine ökonomische sein. Nachdem er Zweck und Mittel des Sozialismus und damit die ökonomischen Verhältnisse auf den Kopf gestellt hat, kann er keine materialistische Begründung für sein Programm geben, ist er gezwungen zu einer idealistischen zu greifen.

„Wo die Abteilung des Sozialismus aus dem ökonomischen Zwange“ hören wir ihn dann sagen. „Wo die Degradierung der Einsicht, des Rechtsbewußtseins, des Willens der Menschen“ (Vorwärts vom 26. März 1899) die Verteilung der Reichtümer, nicht Ursache der Verteilung, sondern im Dienste der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen, oder genauer, da der Wille selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz, kraft der Gerechtigkeit, ist die Ursache der Verteilung.

Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbessern in Ermahnung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel errittenen Renner, bei der Klapperglocke Rosinante, auf der alle von Quisloten der Geschichte zur großen Weltreform hinausgeritten, um schließlich nichts anderes heim zu bringen, als ein blaues Auge.

Das Verhältnis von arm und reich als gesellschaftliche Grundlage des Sozialismus, das Prinzip der Gerechtigkeit als sein Inhalt, die „gerechtere Verteilung“ als sein Zweck und die Idee der Gerechtigkeit als seine einzige gesellschaftliche Legitimation — mit wieviel mehr Kraft, mit wieviel mehr Geist, mit wieviel mehr Glanz verleiht die Welt vor mehr als 50 Jahren die Idee des Sozialismus! Allerdings kannte der geniale Schneider den wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht. Und wenn heute, nach einem halben Jahrhundert, seine von Marx und Engels in kleine Fetzen zerzauste Auffassung gleich wieder zusammengerückt, und dem deutschen Proletariat als letztes Wort der Wissenschaft angeboten wird, so gehört dazu allerdings auch ein Schneider ... aber kein genialer.

Die deutsche Außenhandelsbilanz im August

Die Außenhandelsbilanz Deutschlands für August zeigt folgendes Bild:

	Gegenwartswert in Mill. RM.	Mengen in 1000 t
1. Lebende Tiere	191,3	157,4
2. Lebensmittel und Getränke	340,2	395,2
3. Rohstoffe u. Halbfabrikate	550,3	4905,2
4. Fertigwaren	182,5	769,2
Reiner Warenverkehr	1083,4	6013,5
Gold und Silber	1145,3	1026,6
Zusammen	2228,7	7040,1

Auffällig ist, daß die deutsche Außenhandelsbilanz für den Monat günstig ist, doch die Ausfuhr um 111,7 Millionen Mark gestiegen und der Einfuhrüberschuß beträgt nun 58 Millionen Mark. Sie ist aber nicht weniger als einjährige, auch diese Augustbilanz ist ein Krisensymptom. Die Ausfuhrsteigerung ist zum Teil nur scheinbar, denn die Einfuhr ging um 99,1 Millionen Mark zurück. Die Ausfuhrsteigerung ist also nur eine sehr minimale und zudem noch auf Saisoninflüsse zurückzuführen. Die Abnahme der Einfuhr deutet also ganz auf herabdrückende Waren- und Lebensmittel, die Einkünfte der Rohstoffindustrie deutet aber

auf einen schlechteren Eingang der Bestellungen auf Fertigwaren in der Fabrikation, also auf eine Verschärfung der Krise. Der Rückgang der Lebensmittelausfuhr wieder deutet einen Rückgang der Kaufkraft bei den Massen an, denn im August wurde aus der neuen deutschen Ernte noch nicht gezehrt. Die Steigerung der Ausfuhr der Fertigwaren entfällt auf Textilfertigerwaren und Kinderspielewaren, also ausschließlich Saisongüter. Auch Rohstoffe und Halbfabrikate sind an der Ausfuhrsteigerung stärker beteiligt, was ebenfalls auf mangelnde Aussicht auf Verarbeitung im Inlande hinweist, also als Krisensymptom gewertet werden kann.

Proletarisches Notizbuch

Bei einem Theaterbrand in Madrid kamen Hunderte von Menschen ums Leben.

Wissel an der Arbeit. Der Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, der nur 2 Pf. Zulage pro Stunde vorsieht, soll 1 1/2 Jahre gelten. Der Arbeitszeitschiedsspruch mit einer Schlichtzeit von 9 1/2, 10, 10 1/2 Stunden soll 1 1/2 Jahre gelten und erstmalig zum 31. März 1930 (!!) kündbar sein. — Die Gewerkschaften stimmen natürlich zu.

Arbeit für Arbeitslose. In den Leipziger Neuesten Nachrichten im Inseratenenteil der größten deutschen Tageszeitung außerhalb Berlins, wird folgende Chance eröffnet: „Arbeitslose! Es werden für einen bittarmen Patienten Blutspender gegen Entgelt gesucht. Zu melden bei Dr. von Pohl, Krankenhaus St. Georg, zw. 8 u. 9 Uhr vorm.“ — Da sage noch einer, man dürfte nicht an die Erwerbslosen. — Keine Schamlosigkeit ist zu gemein.

„Well er ins Gefängnis wollte.“ Freiwillig gestellt hat sich wegen Brandstiftung der 62-Jährige Arbeiter Georg L., aus Altenburg. Nach seinem Anzeihen hat er am 22. September früh in der 6. Stunde in seiner Wohnung im Grundstück Antonstraße 18 einen Brand gelegt, der aber von Hausbewohnern rechtzeitig bemerkt wurde, so daß ein größerer Schaden nicht entstanden ist. Die kriminalpolizeiliche Ermittlung ergab, daß L. in der genannten Wohnung vier Brandherde gelegt hatte. Einen Herd hatte er angezündet und danach die Wohnung verlassen. Als Grund zu seiner Handlungsweise hat er angegeben, daß er ins Gefängnis möchte, da ihm seine Wohnung gekündigt sei und er nicht ins Arbeitshaus wolle. Er wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Blutige Zusammenstöße in Litauen. 16 Demonstranten getötet. TU. Warschau, 18. Sept. Nach Warschauer Meldungen von der polnisch-litauischen Grenze ist es in dem litauischen Grenzstädtchen Lyngmyri zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Ein Teil der Bevölkerung hatte einen Demonstrationstag veranstaltet, weil eine Anzahl Einwohner aus dem Wilna-Gebiet nicht die Erlaubnis zum Überschreiten der polnisch-litauischen Grenze erhalten hatte. Bei der Demonstration kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten auf der Polizei. Dabei wurden 16 Personen getötet. — Das freundschaftliche Verhältnis des „bedrohten“ Litauens mit dem „Arbeitssat“ ist untrübe.

Stinnes ist nach dem einwärtsfestgestellt war, daß die Republik um viele Millionen schrumpfte, gegen Kaution von 1 Million aus der Haft entlassen worden.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Cottbus
Die erste Panzerkreuzerversammlung der KPD, fand hier am 14. September statt. Die Besucher, kaum mehr als 200 Personen, bestanden wohl zum geringsten Teile aus denjenigen die es eigentlich am meisten interessieren dürfte. Es hat den Anschein, als ob die „obersten Parolen“ der Gewerkschaftsführer „solche Verantwortungen“ nicht zu besuchen, prompt werden.

Ehe sich die KPD samt RFB, anschieben, den furchtbaren Kampf gegen die Panzerkreuzer-bewaffnete SPD, zu bestehen, hatten sie schon vor Versammlungsbeginn ein Treffen in Cottbus bestanden. Einer unserer Cottbuser Genossen hatte die Dreistigkeit, die Versammlungsbesucher mit Material zu versorgen. Da er der Aufforderung, die Material-Verteilung zu unterlassen, und (als Anti-Bolschewist) das Lokal zu verlassen, nicht Folge leistete, wurde dem Genossen, der sich dessen nicht versah, wohl auch nicht glaubte, daß man schon so tief gesunken sein kann, unversehens das Material „sozialisiert“, das leider nur zum Teil wieder zurückgehört werden konnte. „Am kann doch dem Aufsteig des RFB, wohl nichts mehr im Wege stehen?“

Das Referat eines Landtagsabgeordneten brachte nichts Neues. In der Diskussion sprach, außer einem prominenten KPD-Mann, ein ehemaliges KPD-Mitglied, der aber jetzt auch dafür eintrat, sich in dem Betriebe zusammenzuschließen; im Übrigen glaubte dieser KPD-Genosse, der auch als „Rotbater“ gebrandmarkt wurde, viel Grund zu haben, die Cottbuser KPD, zu ermahnen, ihre Reihen zu reißeln. (Lausitzer KPD-Bezirkssekretär). Darüber mag wohl der seeliche Teil der Ausführungen dieses Diskussionsredners etwas zellten haben.

Alles in Allem: Die KPD, kann auf diese Versammlung nicht besonders stolz sein. — Nichtsdestoweniger wird sie immer weiter predigen, daß Sabotage an solch parlamentarischen Gaukler-Kunststücken zu üben, wie er der neuerliche Volksgesetz und Volkstrennung, wieder wird — Verrat an Arbeiterinteressen ist.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.
Nächstes Versammlungsamt Dienstag, den 2. Oktober, im Harnbüsch, Barthelmeisstraße, Ecke Hamburgerstraße. Tagesordnung: Referat „Lassalle und Bismarck“ Sympathisierende sind eingeladen! Arbeits-Ausschuß Groß-Hamburg.

Zur Nachachtung!
Der 21. Unterbezirk (Nowawes) in Berlin hat durch Hausaktion 25 neue KAZ-Leser gewonnen. Macht's nach!

Groß-Berlin
Achtung! Körperschaften und Referenten! Dienstaab, den 2. 10. wichtige Sitzung. Thema: „Volksbegehren und Volksentscheid.“

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwenn, Berlin-Brandenburg. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdona, Berlin O 17, Langestr. 79.

Rev. Einheit gemacht

Kommunistische Arbeiterzeitung

9. Jahrg Nr. 56

Preis 16 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 6. Oktober 1928

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Neue Perspektiven

Der deutsche Imperialismus ist noch ganz verdrängt von den Schlägen, die er in Genf bekommen hat. Locarno liegt zertrümmert — eine abgebaute Friedenstaube — Deutschland kommt Land vor dem nichts als der Geist geblieben ist. Am meisten aber klagt vielleicht in St. Germain, 2. Internationale. Nicht nur, daß die Befriedigung der Welt und die Widerlegung der bösen marxistischen Lehre wieder einmal vorbeigeht, ist das wäre noch gar nichts, aber ein Sozialdemokrat war es, der diese Niederlage in Genf erlitten müßte! Dadurch wird die Regierungsmacht der Sozialdemokratie und ihr Wert für die Bourgeoisie fragwürdig. Aber nicht gleich weinen! Ist ja nicht so schlimm, ist ihm ja nicht passiert, weil er ein Sozialdemokrat ist! Graf Westphal hat sich selbst gesagt, daß jeder andere ebenso, und daß jeder Deutsche unterschreibt! Na also, nur nicht gleich weinen!

Und das andere, das mit der Befriedigung — da müßt ihr doch vernünftig sein! Was hätte ihr denn von ewigen Frieden? Ihr seid doch eben dazu da, die Arbeiter wieder in den Krieg hineinzuführen! Wenn ewiger Friede wäre, wozu müßte man euch denn brauchen? Ihr seid doch schon alt genug, um das zu verstehen!

Der 7. Oktober in Oesterreich

Der 7. Oktober ist zu einem Stichtag des österreichischen Proletariats geworden. So wissen linke Austroraxisten in den oppositionellen sozialdemokratischen Blättern zu berichten, für sie braucht der Verrat der österreichischen Sozialdemokratie an dem Julikampf des österreichischen Proletariats im Jahre 1927 keinen Wendepunkt bedeuten, der das österreichische Proletariat der nächsten Diktatur der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Faschistenbanden ausliefere. Eine solche Kritik, die nach dem Ausgangspunkt für die Konsequenzen des Verrats an der Julischlacht des österreichischen Proletariats führte, würde auch die Position der „linken“ 2. Internationalen zerstören. Darin schweigen sie lieber, und warten die neue Niederlage ab, um dann ihre wirkliche Mission, die von ihrem verratenen Massen uer Sozialdemokratie von neuem zuzutreiben, besser erfüllen zu können.

Seit der Jahnheldfrage rüstet die österreichische Bourgeoisie unentwegt für die endgültige Niederwerfung und Knebelung der bis aufs Blut ausbeuteten österreichischen Arbeiter.

Die Heimwehren betreiben seit dem Sommer, von einer sich bis zum Tunnel des Arbeiterhasses übersteigernden Propaganda begleitet, den „Marsch der Heimwehren“ in Wien, Neustadt ist mit einem Male eine grundsätzliche Frage. Eine Frage der freien und gleichen Bürgerrechte. Ein Verbot, das wäre selbst ein Verstoß gegen die dreimal geheilte Demokratie! Die bürgerliche Demokratie verleugnet ihr uneheliches Kind, den Faschismus, solange sie ihn sicher weiß. Sobald ihm wirkliche Gefahr droht, weil die Arbeiter-schaft sich gegen seinen Terror erhebt, dann bekennst sie sich zu ihm. „Kein Verbot; für Wiener Neustadt!“

Im obrsteirischen Revier der Herren der Alpine Montan blicken Tausende von den Heimwehren niedergedretene-Lohnsklaven, viele Hunderte von ihnen mit Gewalt in die Reihen ihrer Klassenegner gedrängt, nach Wiener Neustadt. Auch in allen Betrieben Oesterreichs, wo die Gelben sich jetzt frech tummeln.

Noch blüht die Sozialdemokratie. Aber die Bourgeoisie läßt sich nicht verblüffen. Sie erkennt ihre Pappentwehre. Und wen wundert es, wenn es in der „Arbeiterzeitung“ vom 28. September heißt:

„Herr Dr. Buresch kann uns verbieten, daß die Partei eine geordnete Versammlung abhält, daß sie zu den Massen spricht, daß sie für den notwendigen Ordnungsdienst sorgt; aber er kann nicht verhindern, daß am 7. Oktober die Plätze und Straßen von Wiener Neustadt voll von Arbeitern sind werden! Welche Wirkung hätte also dieses Verbot? Nur die, daß am 7. Oktober die Sozialdemokratische Partei, die Last des Ordnungsdienstes und jede Verantwortung für den Ordnungsdienst abgenommen würde! Herr Dr. Buresch möge dann selbst dafür sorgen, daß es am 7. Oktober zu keinen Zusammenstößen kommt!“

„Darum bleibt, was immer geschehe, die Parole: Die Arbeiter von Wiener Neustadt werden am 7. Oktober auf den Straßen ihrer Stadt sein! Und die Arbeiter des ganzen großen Industriegebietes unter dem Wienerwald werden mit ihnen sein!“

Diese feige Kapitulation war zwar voraussuzusehen, aber sie bleibt doch ein „Ruhmesblatt“ der österreichischen Sozialdemokratie, weil die Demagogie anbeiführt, mit der man diese feige Kapitulation zu verdecken sucht. Die Sozialdemokratie wollte ja sowieso nur für „Ordnung“ sorgen, — daran dürfte wohl niemand gezwweifelt haben. Daß sie aber selbst auf diese offizielle Ordnungswelle kampllos verzichtet und sich feige verkrüchte, das hätten gewiß viele sozialdemokratische Arbeiter nicht erwartet. Die „große Macht“ hält feine den Mund, wenn es befohlen wird, — und überläßt das Proletariat seinem Schicksal.

So stehen die österreichischen Proletariat von neuem in einer ungenauer kritischen — aber rotalldem eindringenden Situation. Ihre Partei und Gewerkschaften entpuppen sich in dem Momente, wo das Proletariat sie als Waffe des Kampfes gebrauchen will, als ein Schwert von Pappe. Noch mehr. Die Faschisten, dadurch ermuntert, werden nun erst recht „marschieren“. Und die Sozialdemokratie wäscht ihre Hände in Unschuld. Sie hatte sich dem Verbot ja gefügt. Die Arbeiter, die genau wie nach dem 15. Juli verkrücht oder nieder-

„Trachten wir also alles in allem, so kann man sagen, daß die Zukunftsaussichten für die deutschen Kriegsmacher gar nicht so schlecht sind. Phosgen und Leninismus werden sie jedenfalls genug haben. So wenig Vergnügen es uns macht, dem deutschen Imperialismus Trostwort zu geben, man ist fast versucht, auszurufen: Kopf hoch, Michel, es wird schon wieder dreingepfeift und vergast werden, daß du diese Freude daran haben wirst! — Vorausgesetzt, daß das Proletariat nicht doch eines Tages sich an den Kopf greift und die Entdeckung macht, daß es auch noch auf der Welt ist!“

*) Unmittelbar nach der bösen Rede Briands in Genf, hat man in Amerika schon davon gesprochen, Rußland anzuerkennen.

Große Koalitionsverhandlungen in Preußen. Der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister Curtius ist im Namen der Deutschen Volkspartei an den Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun herantreten, um die Umwandlung der preußischen Regierung im Sinne der Großen Koalition herbeizuführen. Braun hat geantwortet, daß er die eigenhändige Verhandlungen zwar den Parteien überlassen müsse, er hat aber, wie er „Vorwärts“ meldet, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß er auch wie vor eine möglichst große parlamentarische Mehrheit für wünschenswert halte.